

Ideen für ein gutes Leben

Teilnehmer der Zukunftstagung diskutieren ihre Vorschläge mit Oberbürgermeister Ulrich Mädge

ben **Lüneburg**. Eine Markthalle für Lüneburg, Bürgervertreter, die sich für die Anliegen der Menschen gegenüber Politik und Stadtverwaltung stark machen oder auch mehr Einblicke in die Pläne zur Stadtentwicklung – nach fünf Stunden denken, Ideen austauschen und diskutieren haben die Teilnehmer der Zukunftstagung jede Menge Vorschläge, was zu tun ist, um im Jahr 2030 gut in Lüneburg leben können. Ihre Anregungen haben sie am Sonnabend Oberbürgermeister Ulrich Mädge im Glockenhaus präsentiert. Oft sind sie auf offene Ohren gestoßen. Und manchmal auch auf die Erkenntnis, dass es einiges von dem, was sie sich wünschen, zumindest in ganz ähnlicher Form längst gibt.

Ziel der von der Leuphana und der Initiative DialogN organisierten Zukunftstagung war es, das bürgerschaftliche Engagement zu stärken. „Da bin ich ganz bei Ihnen“, sagte Mädge immer wieder, auch er wolle möglichst viele Bürger bei Entscheidungsprozessen beteiligen, seit Jahren sei das ein Leitgedanke in der Verwaltung. „Wir haben die Stadtteilhäuser, in Kaltenmoor außerdem Bürgervertreter.“ Trotzdem bleiben viele außen vor, kritisiert Tina

Scheef, die in der Workshop-Gruppe „Engagement für alle“ mitgearbeitet hat: „Wir wünschen uns, dass alle eine Stimme haben und diese auch effektiv einsetzen können.“

Das Problem, das auch Mädge eingesteht, sei oft die zielgruppengerechte Ansprache: Mit Bürgerversammlungen allein sei es nicht getan, weil eben nicht alle Menschen daran teilnehmen. Mädge betonte deshalb, großes Interesse daran zu haben, die Kooperation „ZukunftsWerkStadt“ mit DialogN und der Leuphana weiterführen zu wollen: „Sie erreichen andere Menschen.“ Das habe er

auch bei der Zukunftstagung bemerkt.

Junge Menschen haben ebenso mitgemacht wie ältere, Studenten, Künstler und solche, die sich schon länger engagieren, wie Tomas Biermann-Kojnov vom Solarverein Sunon, der sich eine Zielvereinbarung für mehr Solardächer in Lüneburg von der Stadtverwaltung wünscht. Auch die Verwaltung will laut Mädge Solarenergie ausbauen, aber mit Bürgerbeteiligung: „Und das ist oft ein langer Weg, weil Verträge, Gesetze und Engagement aufeinander prallen.“ Vieles brauche Zeit, an anderer Stelle könnten

die Menschen schon jetzt profitieren von einer Politik, die nicht auf Gewinn, sondern auf Maximierung des Gemeinwohls ausgerichtet sei, sagte Mädge: „Deshalb haben wir nicht privatisiert. Das fängt beim Wohnungsbau an und hört beim Krankenhaus auf.“

Während der Podiumsdiskussion zeigte er sich offen, setzte aber auch Grenzen. Die Regionalwährung Lunar werde er in der Verwaltung nicht akzeptieren: „Wie soll ich das denn in der Bilanz darstellen?“ Auch zu Überlegungen, eine Markthalle zu eröffnen, sagte der Oberbürgermeister: „Es darf

keine Konkurrenz zum Wochenmarkt geben.“ Das sei bereits diskutiert worden, die Pläne seien aber daran gescheitert, dass die Marktbesucher ihre Waren lieber vor dem Rathaus anbieten möchten. So liefen die Argumente ins Leere, eine Markthalle könne für ein beständiges, regionales Angebot sorgen, Arbeitsplätze schaffen, ein sozialer Treffpunkt sein.

Vielleicht wäre es anders gelaufen, wenn diese Ideen schon früher mit Marktbesuchern und Verwaltung diskutiert worden wären. Eine solches Mitspracherecht von Bürgern bei der Stadtentwicklung schwebt Stephan Seeger vor, wenn es beispielsweise darum geht, Freiflächen in der Stadt als öffentlichen Gemüsegarten zu nutzen. „Das Instrument dafür könnte der Flächennutzungsplan sein“, überlegte Mädge, gab aber zu bedenken, dass es Ideen gäbe, die „zwar alle befürworten, aber nicht vor ihrer Haustür“.

Wie es gelingen kann, möglichst viele Menschen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, damit haben sich auch Studenten der Universität beschäftigt. Die Ergebnisse präsentieren sie am Mittwoch, 3. April, ab 16 Uhr im Hörsaal 4 auf dem Campus an der Scharnhorststraße.

Sebastian Heilmann (l.) und Tina Scheef diskutieren mit Oberbürgermeister Ulrich Mädge, wie es gelingen kann, dass jeder, der Beteiligungsprozessen gehört wird.

Foto: t & w

